

Auftragsbekanntmachung

Vergabe-Nr.: (ZV)80-138/26

Bezeichnung des Verfahrens: [Arbeitsmarktdienstleistung - Move On 2026](#)

1. Art der Vergabe

Öffentliche Ausschreibung nach §9 UVgO

2. Bezeichnung der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung

[Kreis Recklinghausen, Der Landrat](#)

Postanschrift

[Kurt-Schumacher-Allee 1, 45657 Recklinghausen](#)

Kontaktstelle: [Zentrale Vergabestelle](#)

Telefon-Nummer:

Telefax-Nummer: [+49 236153-4205](#)

E-Mail-Adresse: vergabestelle@kreis-re.de

URL: <https://www.kreis-re.de>

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

3. Bezeichnung der den Zuschlag erteilenden Stelle

wie Ziffer 2

folgende Adresse

Bezeichnung

Postanschrift

Telefon-Nummer:

Telefax-Nummer:

E-Mail-Adresse:

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

4. Bezeichnung der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

wie Ziffer 2

folgende Adresse

Bezeichnung

Postanschrift

Telefon-Nummer:

Telefax-Nummer:

E-Mail-Adresse:

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

Elektronische Angebote werden über den Vergabemarktplatz des Landes NRW eingereicht.

5. Form der Angebote

Zugelassen ist die Abgabe

elektronischer Angebote ausschließlich unter www.evergabe.nrw.de

- Elektronisch in Textform

der Angebote in Schriftform

6. Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung

Leistungsgegenstand ist die Durchführung einer Maßnahme zu den Förderzielen "Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit" sowie "Herstellung der Prozessfähigkeit" mit den Entwicklungszielen "Verbesserung des Arbeitsverhaltens, Sozialverhaltens, der Motivation oder der Mitwirkung in der Fallsteuerung". Die Definition der Förderziele mit den entsprechenden Ressourcenbereichen und die diese charakterisierenden Merkmale sind den vorstehenden Tabellen zu entnehmen. Ziel der Maßnahme ist die Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt durch Erarbeitung von Lösungen und Strategien bzw. Identifikation von Problembereichen um die Zusammenarbeit mit dem Fallmanagement zu verbessern und dadurch die Chancen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu erhöhen. Im Fokus steht insbesondere die Anbindung an das Fallmanagement und die Überleitung eine Anschlussmaßnahme aus dem Rechtskreis SGB II/ SGB III. Die Maßnahmeinhalte haben sich an der Zielsetzung der Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen sowie der Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu orientieren. Teilnehmende sind erwerbsfähige Leistungsbeziehende aus dem Rechtskreis des SGB II, die allein nicht in der Lage sind, das angestrebte Förderziel zu erreichen. Die Personen haben in der Regel erfolglos Vermittlungsvorschläge erhalten bzw. Vorstellungsgespräche wahrgenommen. Unter Umständen haben Sie sich sogar Angeboten der Arbeitsvermittlung / des Fallmanagements gänzlich entzogen und können durch herkömmliche Maßnahmen des SGB II-Trägers nicht mehr erreicht werden. Oft haben diese Personen erfolgreiche Umgehungs- und Vermeidungsstrategien im Umfeld der regulären Verwaltungsabläufe entwickelt. So zeigen die Personen z. B. reges Interesse an einer angebotenen Integrationsmaßnahme, reichen ab Maßnahmebeginn jedoch konsequent, bzw. gezielt AU ein. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass Personen sich im JC motiviert und kooperativ präsentieren, in Vorstellungsgesprächen bei Unternehmen jedoch Hinderungsgründe zu erkennen geben, welche das Unternehmen abschrecken, bzw. eine Vermittlung verhindern. Solche Personen können, teilweise trotz marktgängiger Qualifikation, im Rahmen der regulären Fallbetreuung in der Regel nicht erreicht, bzw. "bewegt" werden. D. h. die Instrumente der Fallmanagements, sowie der Arbeitsvermittlung in der herkömmlichen Form greifen nicht. Insbesondere handelt es sich um folgende Personengruppen: - Personen mit erheblichen Problemen Termine im Jobcenter einzuhalten; - Personen, die immer wiederkehrend bei Terminen im Jobcenter erkranken oder dauerhaft krankgeschrieben sind; - Personen mit unangemessenem Sozialverhalten im Rahmen der Fallarbeit.; - Personen, bei denen Maßnahmen unbegründet abgebrochen wurden bzw. die sich weigern an zumutbaren Maßnahmen teilzunehmen. - Personen, die einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, ohne Perspektive auf eine Ausweitung der Arbeitszeiten oder Verringerung der Hilfebedürftigkeit - Personen, die eine Selbständigkeit im Nebenerwerb ausüben, ohne Perspektive auf eine Verringerung der Hilfebedürftigkeit.

Erfüllungsort

45731 Waltrop

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Erfüllungsort

Der konkrete Maßnahmeort für die Durchführung ergibt sich aus dem Los- und Preisblatt. Der angegebene Maßnahmeort ist zwingend einzuhalten. Maßnahmeort ist hier, wie im Los- und Preisblatt genannt, die Stadt Waltrop. Die zum Einsatz kommenden Räumlichkeiten der beauftragten Organisation zur Durchführung der Maßnahme müssen für die teilnehmenden Personen in angemessener Zeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar und am Gebäude so ausgeschildert sein, dass sie gut aufzufinden sind.

7. ggf. Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose

Der Auftrag wird nicht in Lose aufgeteilt.

8. ggf. Zulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

9. etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Beginn: 01.07.2026 Ende: 30.06.2027

10. Elektronische Adresse, unter der die Vergabeunterlagen abgerufen werden können oder die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können

Adresse zum elektronischen Abruf:

<https://www.vergabe.metropoleruhr.de/VMPSatellite/notice/CXPSYD3DGNU/documents>

Hinweise zu Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit sind den Nutzungsbedingungen des Vergabemarkplatzes NRW zu entnehmen

Anschrift der Stelle

wie Ziffer 2

folgende Adresse

Bezeichnung

Postanschrift

Telefon-Nummer:

Telefax-Nummer:

E-Mail-Adresse:

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

Etwaige zusätzliche Angaben über die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und der Zugriffsmöglichkeit auf die Vergabeunterlagen:

11. Ablauf der Angebotsfrist

28.05.2026 09:00 Uhr

12. Ablauf der Bindefrist

10.06.2026

13. Höhe geforderter Sicherheitsleistungen

14. Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind

Siehe Formular 15 - Vertragsbedingungen.

15. Angabe der Eignungskriterien und der mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen zur Beurteilung der Eignung

Eignungskriterien zur

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Eigenerklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vorliegt. Der Bieter gibt die Erklärung durch Einreichung des Formulars "09 - Eigenerklärung_Ausschlussgründe (521)" ab, das den Vergabeunterlagen beigelegt ist.

wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit.

Der Bieter*innen müssen die ausgeschriebene und / oder vergleichbare Leistungen bereits ausgeführt haben. Die Angabe von mindestens 2 bis zu 6 Referenzen ist ausreichend. Eine Referenz ist relevant, wenn es sich um eine Arbeitsmarktdienstleistung handelt, die in den letzten 3 Jahren auf der identischen Rechtsgrundlage und mit der gleichen Zielsetzung wie die ausgeschriebene Leistung durchgeführt wurde.

Sonstige

Der Bieter muss über eine Trägerzulassung gem. §§ 176 Abs. 1 und 178 SGB III verfügen. Bei Bietergemeinschaften gilt dies für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft. Auf Anforderung der Vergabestelle ist innerhalb einer angemessenen Frist eine Kopie des entsprechenden Zertifikats nebst aktueller Anlage gemäß § 5 Abs. 6 AZAV vorzulegen.

16. Angabe der Zuschlagskriterien

Folgende Kriterien

Kriterium	Gewichtung
Auftragsverständnis (Verständnis für die Zielgruppe)	17,5
Durchführung der Maßnahme	31,5
Förderung der Eigeninitiative	14
Personaleinsatz/Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber	7
Preis	30

Weitere Informationen zu den Kriterien:

Der Umfang des Konzepts - ohne die in der Vergabeunterlage geforderten Anlagen - darf insgesamt 20 Seiten DIN A4 (Schrift: Calibri; Grad 12 pts; Zeilenabstand 1,5), einschließlich aller Anlagen, nicht übersteigen. Eine Überschreitung führt zum Ausschluss des Angebots. Auf die Ausführungen in den Allgemeinen Hinweisen und den Wertungshinweisen wird hingewiesen. (siehe Dokument 16 - Wertungsmatrix und -hinweise).

17. Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe

Sofern das Angebot einer anerkannten Werkstätte für behinderte Menschen oder einer anerkannten Blindenwerkstätte oder diesen Einrichtungen vergleichbare Einrichtungen (nachfolgend bevorzugte Bieter) ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines insofern nicht bevorzugten Bieters ist, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 von Hundert berücksichtigt. Voraussetzung für die Berücksichtigung des Abschlags ist, dass die Herstellung der angebotenen Lieferungen zu einem wesentlichen Teil durch die bevorzugten Bieter erfolgt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Wertschöpfung durch ihre Beschäftigten mehr als 10 % des Nettowerts der zugekauften Waren beträgt.

18. Sonstiges

Das Angebot ist ausschließlich elektronisch über die elektronische Vergabe-Plattform www.vergabe.metropoleruhr.de einzureichen. Alle weiteren Informationen und Unterlagen in diesem Verfahren erhalten die Bieter ausschließlich über die Vergabepattform. Auf der Vergabepattform stehen den Bietern sämtliche Informationen und Formblätter zur Verfügung, die sie für die Einreichung eines Angebots benötigen. Das Angebot ist unter Berücksichtigung dieser Informationen und unter Verwendung der bereitgestellten Formblätter einzureichen. Der Bieter/Die Bietergemeinschaft, der/die (zumindest teilweise) nicht selbst über die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle oder technische und berufliche Leistungsfähigkeit für die Vertragsausführung verfügt, kann hinsichtlich der ihm/ihr fehlenden Leistungsfähigkeit auf die Fähigkeiten/Ressourcen von Drittunternehmen (z.B. eines konzernverbundenem Unternehmen oder eines Subunternehmers) zurückgreifen (sog. Eignungsleihe). In diesem Fall muss er durch Vorlage des Formulars "Erklärung Eignungsleihe und Haftungserklärung" (Formular 12 - Eignungsleihe Haftung) nachweisen, dass ihm dessen Mittel und Kapazitäten im Auftragsfall zur Verfügung stehen. Die zum Nachweis der

Eignung vom Bieter geforderten Nachweise und Erklärungen sind hinsichtlich der von dem eignungsverleihenden Unternehmen zu stellenden Kapazitäten von diesem beizubringen und mit dem Angebot vorzulegen. Beruft sich ein Unternehmen also z.B. zum Nachweis seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf die Referenzen eines anderen Unternehmens, muss er die Referenzen dieses Unternehmens mit dem Angebot vorlegen. Ein Bieter darf im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit die Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder Referenzen, die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistungen erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Bieterfragen sind längstens bis 7 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist über den Vergabemarktplatz NRW zu stellen. Die Beantwortung von später oder in anderer Form eingehenden Bieterfragen kann nicht gewährleistet werden. Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung Ihres Angebotes nach der UVgO. Informationen zu der vom Kreis Recklinghausen (oder ggfs. durch den Kreis Recklinghausen beauftragte Dritte) durchgeführten Erhebung personenbezogener Daten sowie die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehenden Rechte, entnehmen Sie bitte unserem Informationsblatt gem. Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf der Kreisinternetseite der zentralen Vergabestelle (https://www.kreis-re.de/inhalte/kreishaus/verwaltung/zentrale_vergabestelle/index.asp?seite=angebot&id=18848).

Bekanntmachungs-ID: CXPSYD3DGNU